DER TAGESSPIEGEL

Der falsche Radikalenerlass

Für das künftige Funktionieren der parlamentarischen Demokratie in Deutschland ist diese Frage weit über Thüringen hinaus von entscheidender Bedeutung: Wie verhalten sich CDU/CSU als noch immer wählerstärkstes Parteienbündnis zur Linken und zur AfD?

Auch die FDP pocht weiter auf eine „Äquidistanz“ zu den „extremistischen Rändern“. Doch dürfte es auf sie, nach ihrem jüngsten Desaster und wegen ihres weiterhin fehlenden programmatischen Profils, kaum noch ankommen. Anders bei der Union, deren (noch aktuelle) bundespolitische Spitzen jetzt wieder die Unvereinbarkeit einer Kooperation mit der Linken ebenso wie mit

Foto: TS

Entwarnung vor dem Antikapitalismus der Linken

Von Peter von Becker

der AfD beschwören. Dieser innere Radikalenerlass freilich wirkt immer mehr nur als bedingter Reflex. Denn es fehlt offenbar am Unterscheidungsvermögen. An historischer wie aktueller Trennschärfe.

„Wir werden sie jagen!“, hat Alexander Gauland mit Blick auf die anderen Parteien am Abend der Bundestagswahl 2017 ausgerufen, als die AfD zur drittstärksten Fraktion gewählt worden war. Was für ein Begriff! Gauland, promovierter Jurist und zuvor 40 Jahre Mitglied der CDU, bezeichnet sich und die AfD als „bürgerliche“ Kraft, ruft seine Anhänger gleichwohl auf zur politischen Menschenjagd.

Nein, es ist nicht nur der ominöse Flügel und nicht erst ein gerichtsnotorischer Faschist, der die AfD tatsächlich abstoßend macht. Es geht darum, dass das Gemisch aus Fremdenfeindlichkeit, Flüchtlingsfeindlichkeit, Gewaltrhetorik und Polemik gegen Millionen Mitbürger aus Migrantenfamilien all jene Ressentiments bedient, die an weitverbreitete Einstellungen im rechtskonservativen oder nazistischen Bürgertum in Deutschland vor 1945 anschließen. Dies widerspricht dem Menschenwürdesatz und den Gleichheitsrechten des aus historischen Erfahrungen entstandenen Grundgesetzes. Es gibt der AfD, die sich gerne als rechtsbürgerlich sehen will, den Anstrich einer neonazistischen Formation. Mit der Betonung auf der Silbe „neo“.

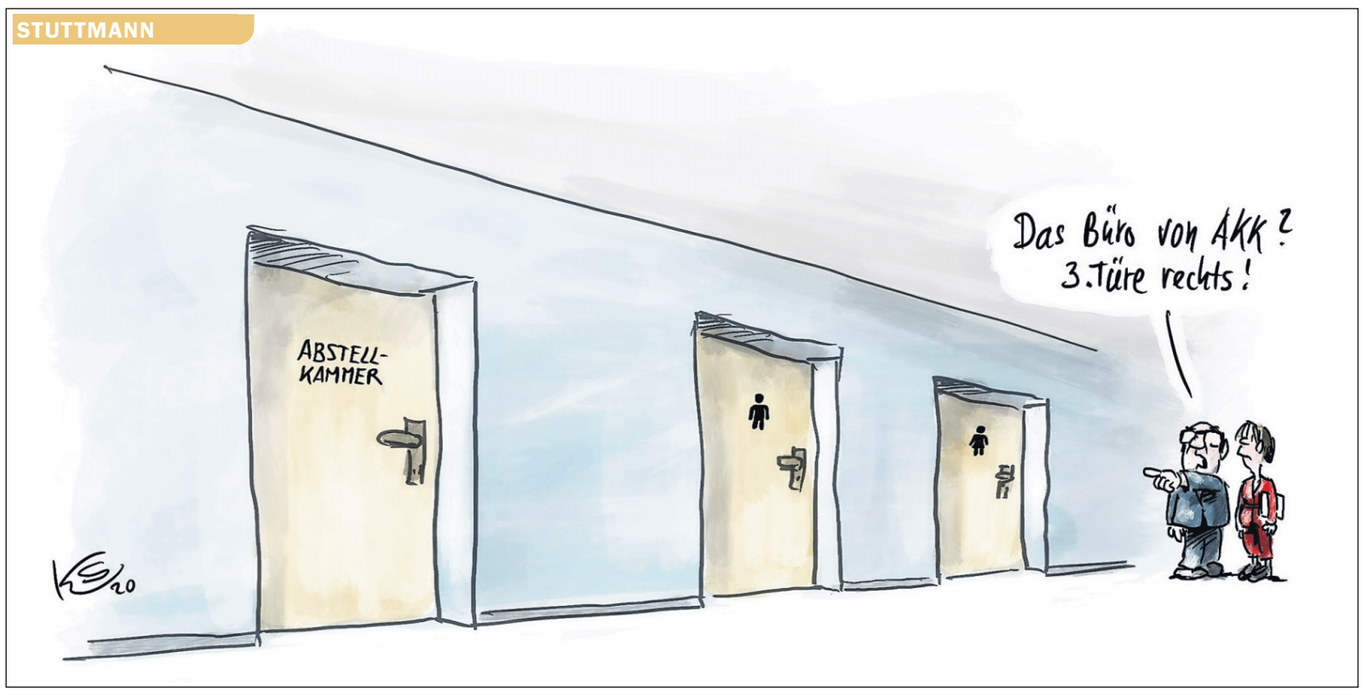
Kann man aber die Linke als Nachfolgerin der PDS und der SED damit spiegelverkehrt gleichsetzen? Es würde bedeuten, die Linke als mehr oder weniger neokommunistische oder neostalinistische Partei zu begreifen. Reste von Idealkommunismus (der ursprünglich christliche Wurzeln hatte) und Vergesellschaftungsutopien gibt es bei der Linken gewiss. Aber eine dirigistische Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft oder gar eine verfassungswidrige, weitgehende Beschränkung individuellen Unternehmertums und Besitzes fordert sie nicht. Antikapitalismus oder Demokratischer Sozialismus sind, bei aller Unschärfe des real Gemeinten, heute kein Appell mehr an leninistische oder gar stalinistische (also: totalitär staatsterroristische) Ressentiments.

Die Linke ist im Unterschied zur AfD eben keine essenziell menschenfeindliche, keine rassistische Partei. Trotzdem ist es verständlich, dass die Union keine Koalition mit der Linken will und auch die SPD dies zumindest auf Bundesebene bisher ausgeschlossen hat. Eine Partei, die fast bedingungslos die Nato verlassen will, die sich traditionell amerikafeindlich gibt, aber mit Diktatoren wie Putin oder Maduro sympathisiert, wirkt außenpolitisch bedenklich. Ergibt sich daraus aber ein sinnvolles Tabu?

Ein Manko der Linken bleibt ihre kaum diskutierte Mitverantwortung für provinziell nationalistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Einstellungen in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung. Der Erfolg der AfD ist dort auch ein Erbe der DDR, dem die Linke sich nicht stellt. Sie hat vielmehr bestimmte ost-identitäre Einstellungen weiter befördert und wenig dazu beigetragen, nach der Wende eine vorbehaltlos kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur zu suchen. Mit einem Staat, dessen gelenkte Medien in ihrer radikal antiisraelischen Haltung den aus der NS-Zeit mitgeschwemmten braunen, antisemitischen Bodensatz nur rot übertüncht und im Fluss gehalten hat.

Doch das sind andere, 30 Jahre nach dem Mauerfall nicht mehr durchgängig programmatisch oder personell verkörperte Widersprüche. Bodo Ramelow in Thüringen ist ein zweifelsfreier Demokrat. Mit ihm müssen Demokraten auch kooperieren können.

STUTTMANN



Schluss mit der Sprachlosigkeit!

Die Nato braucht eine neue Strategie – und eine Debattenkultur. Ein Gastbeitrag

Von Klaus Wittmann

Präsident Macrons Beschreibung der Nato als „hirntot“ war gewiss misslungen. Aber sein kritischer Hinweis auf unzureichende Konsultation und Abstimmung im Bündnis war berechtigt. Das betrifft nicht allein die konkreten Anlässe, wie den unabgestimmten Rückzug von US-Truppen aus Nord-Syrien und die dortige Invasion durch die Türkei.

In der Nato gibt es seit jeher eine Debatten-Kultur, die viele heikle Themen ausspart. Über existenziell wichtige Fragen wie Irans Nuklearwaffenambitionen oder Chinas Aufstieg gab es im Nato-Rat bislang nie ernsthafte Konsultationen. Der Grund scheint eine zweifache Sorge zu sein: Uneinigkeit führe in der Öffentlichkeit zur Vermutung, die Nato stehe vor dem Auseinanderbrechen, oder die Befassung mit einer Region außerhalb des Nato-Territoriums rufe den Verdacht hervor, die Nato wolle dort militärisch eingreifen. Von solchen Hemmungen muss das Bündnis sich frei machen.

Es sollte „Konsultation“ zu einer neuen Kernfunktion der Nato erheben – neben den im strategischen Konzept von 2010 festgelegten drei Kernfunktionen kollektive Verteidigung, Krisenbewältigung und

Heikle Themen werden bislang ausgespart

kooperative Sicherheit. Das wäre eine explizite Aufwertung und Aktivierung von Artikel 4 des Nato-Vertrags von Washington.

Bereits in der knappen „Londoner Erklärung“ der Staats- und Regierungschefs nach ihrem Treffen zum 70. Geburtstag der Nato im Dezember 2019 war zweimal von „Konsultation“ die Rede: Es wurde bekräftigt, dass die Nato das essenzielle Forum für Sicherheitskonsultationen und -entscheidungen ist. Und der Generalsekretär wurde beauftragt, den Vorschlag zu einem „vorwärtsgewandten Reflexionsprozess“ vorzulegen, durch den die „politische Dimension der Nato einschließlich der Konsultationen“ weiter gestärkt werden soll.

Das ist eine abgemagerte Version des Vorschlags, den Präsident Macron und Außenminister Maas gemacht hatten. Sie wollten eine grundsätzlichere Strategiedebatte. So ist zu wünschen, dass der „Reflexionsprozess“ zu der Entscheidung führt, das strategische Konzept der Nato zu erneuern. Das ist das Grundlagendokument der Nato, das bislang etwa alle zehn Jahre als die maßgebende Konkretisierung des Nato-Vertrags beschlossen wurde.

Das derzeit gültige stammt von 2010 – lange vor der russischen Aggression gegen die Ukraine, welche die Nato „zurück in die Artikel-5-Welt“, zur Frage um den Bündnisfall katapultiert hat. Mehr als zwei Jahrzehnte lang war das Pendel der Prioritäten von Nato und Streitkräften der Mitgliedsstaaten in Richtung Auslandseinsätze ausgeschlagen. Landes- und Bündnisverteidigung schien nicht mehr erforderlich zu sein.

2014 musste – angesichts der Besorgnisse besonders in Polen und im Baltikum – glaubwürdig demonstriert werden: Wenn die Nato schon dem Partner Ukraine nicht militärisch zu Hilfe kommen konnte, ist doch jeder Quadratmeter Nato-Gebiet für Russland tabu. Mit dem Gipfeltreffen von Wales 2014 begann die größte Umorientierung der Nato seit dem Fall der Berliner Mauer: erneut hin zur Landes- und Bündnisverteidigung. Die Konsequenzen betrafen Aspekte wie Einsatzbereitschaft, Verstärkungsplanung, Übungstätigkeit, Führungswesen, Luftüberwachung – bis hin zur „verbesserten Vornepräsenz“ mit multinationalen Nato-Bataillonen in Polen, Estland, Lettland und Litauen.

All dies und der neue Blick auf Russland ist im gültigen strategischen Konzept nicht reflektiert, und ebenso wenig die Entwicklung der letzten zehn Jahre hinsichtlich der Gefährdungen, etwa durch neue Waffentechnologie, Cyber-Bedrohungen, sicherheitsrelevante Folgen des Klimawandels, Militarisierung des Weltraums und die „hybride Kriegführung“.

Letztere ist kein ganz neues Phänomen, aber doch eine neuartige Herausforderung: eine Methode, die offene und verdeckte militärische und nicht-militärische Mittel verbindet und die gemeinsame Antworten durch das Bündnis ernsthaft erschweren kann (und soll). Im Ukraine-Konflikt demonstrierte Russland die nahtlose Orchestrierung militärischer und nicht-militärischer Instrumente: militärische Drohkulisse jenseits der ukrainischen Grenze, Einsatz paramilitärischer Einheiten ohne Hoheitsabzeichen, Cyberangriffe gegen ukrainische Infrastruktur und die Unterstützung der „Separatisten“ mit militärischem Gerät.

Den genannten Bedrohungen soll zunehmend mit der Stärkung der „Resilienz“ von Gesellschaften, militärischen Strukturen und kritischer Infrastruktur begegnet werden. Mit diesem der Psychologie entlehnten Schlagwort sind Widerstandsfähigkeit und flexible Reaktionsfähigkeit gemeint. Diese Aufgabe der Nato ist so entscheidend wichtig, dass sie ebenfalls als zusätzliche Kernfunktion in ein neues strategisches Konzept aufgenommen werden sollte.

Warum ist man noch nicht dabei, ein neues strategisches Konzept zu entwerfen? Wie vor über zehn Jahren gibt es die Befürchtung, diese Arbeit werde ein „entzweiender Prozess“ sein. Zweitens will man wohl während Trumps Präsidentschaft eine Debatte über die politisch-strategischen Grundlagen der Nato vermeiden. Auf der militärischen Seite des Hauptquartiers in Verantwortung des Militärausschusses wurde wenigstens das militärstrategische Grundsatzdokument MC 400 neu gefasst. Dabei kann es aber nicht bleiben, nicht zuletzt weil dieses Dokument „Nato-vertraulich“ eingestuft ist.

Mit der seinerzeitigen Entscheidung, das strategische Konzept von 1991 zu veröffentlichen, entschied sich die Nato für Transparenz und Vertrauensbildung gegenüber der Öffentlichkeit. Sie ist es der Welt schuldig, ihre Existenzberechtigung, die Bedrohungen und die erforderlichen Fähigkeiten unter den seit 2010 veränderten Umständen offenzulegen.

Es ist Zeit für ein neues strategisches Konzept für die transatlantische Allianz. Damit sollte auch

Das Bündnis muss sich von Hemmungen befreien

dem unsinnigen Gerede über eine „Identitätskrise“ der Nato entgegengewirkt werden. Das neue strategische Konzept muss die veränderten Verhältnisse auf sicherheitspolitischem Gebiet analysieren, das Zusammenwirken von Institutionen und Akteuren darstellen sowie die fortdauernde Wichtigkeit der transatlantischen Verbindung und die wachsende Verantwortung Europas für seine eigene Sicherheit überzeugend erklären. „Konsultation“ und „Resilienz(entwicklung)“ sollten endlich als Kernfunktionen begriffen werden.

Auch muss ein neues strategisches Konzept die Rolle des „europäischen Pfeilers“ in der Nato konkretisieren, auf der Grundlage der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU, die nur komplementär, nicht konkurrierend, zur Nato erfolgreich sein kann. Auch der Herausforderung durch China und Russlands Platz in der europäischen Sicherheitsordnung sollte sich das strategische Konzept widmen – unter der Voraussetzung, dass Russland die Verletzung der für diese vereinbarten Regeln beendet. Das Dialogangebot der Nato auf der Basis der Harmel-Philosophie (Verteidigung und Entspannung, Festigkeit und Gesprächsbereitschaft) sollte dabei konkretisiert werden.

— Brigadegeneral a.D. Dr. Klaus Wittmann ist Senior Fellow des Aspen Institute Deutschland und lehrt Zeitgeschichte an der Universität Potsdam.

Berateraffäre

Leyens Last

Es ist eine verbreitete Meinung, dass in Untersuchungsausschüssen des Bundestages nichts herauskommt. Doch heraus kommt immer etwas, meist Lehrreiches. Trotzdem die Frage: Rechtfertigt das den Aufwand? Der Ausschuss zur Berateraffäre der Bundeswehr ist sinnvoll, weil er exemplarisch verdeutlicht, was passiert, wenn es dringenden Reformbedarf in einem Ministerium gibt, das Ministerium selbst nicht kompetent genug aufgestellt ist und deshalb massive externe Hilfe einkauft. In diesem Fall führte es zu Machtmissbrauch, Vetternwirtschaft und Intransparenz. Das Tempo und der Druck, mit denen Ursula von der Leyen, damals Verteidigungsministerin, und die von ihr eingesetzte Staatssekretärin und Ex-McKinsey-Mitarbeiterin Katrin Suder die notwendigen Reformen wie etwa die Digitalisierung in der Bundeswehr vorangetrieben haben, führten zu Rechtsverstößen. Elementare Vergabe- und Compliance-Regeln wurden missachtet und Unregelmäßigkeiten nicht oder zu spät ernst genommen. Profiteure waren clevere Geschäftsleute, die mit ihren guten Kontakten Millionen verdienten. Das kann man nur verhindern, wenn man Verwaltungen und große politische Apparate team- und kompetenzübergreifend und nicht allein hierarchieorientiert aufstellt. *ale*

— Seite 4

* * *

Bombardier-Alstom

Zu zügig

Da hat in Zeiten des verstärkten Klimaschutzes der Schienenverkehr glänzende Perspektiven, doch Bombardier, der lange Zeit weltgrößte Hersteller von Bahntechnik, schreibt Milliardenverluste und hat sein operatives Geschäft zu wenig im Griff. Nun wollen die Kanadier womöglich mit einem Notverkauf an den Konkurrenten Alstom ihre Bahnsparte loswerden. Die Franzosen bieten angeblich sieben Milliarden Euro und wollen so doch noch einen europäischen Champion aufstellen, nachdem 2019 die Fusion mit der Siemens- Bahnsparte scheiterte. Doch eine Fusion würde den europäischen Wettbewerb auf Alstom, Siemens und Stadler beschränken. Ob Chinas neuer Bahnriese CRRC hier angreift, ist völlig offen. Die etablierten Hersteller in Japan und Südkorea haben auf Teilnahme an Ausschreibungen für Züge und Leittechnik schon weitgehend verzichtet. Das treibt die Preise, und die zahlen am Ende die Bürger über ihre Steuern und die Bahnkunden über höhere Fahrpreise. Für die 14 Alstom- und Bombardier-Standorte in Deutschland würde eine Fusion ebenfalls kaum Gutes bedeuten. So bleibt zu hoffen, dass die EU-Kommission eine mögliche Übernahme genau prüft – und wie im Falle von Siemens und Alstom stoppt, wenn die Nachteile überwiegen. *wüp*

— Seite 13

ANZEIGE

TAGESSPIEGEL

5. Mai in Berlin: Jetzt kostenfreie Tickets sichern!

World Food Convention 2020

Bilder: Kerstin Müller | Müller: © Gottschalkphotothek.net | Condon: © Bayer CropScience AG

Klimawandel, Verschwendung von Essen, Hunger und Umweltverschmutzung: Welche Chance liegt in den Krisen? Unter dem Motto **„Taking a leap for future's sake: How can we transform our global food system?“** gibt die vierte Tagesspiegel World Food Convention am 5. Mai in Berlin Antworten auf die drängendsten Fragen zum Thema Welternährung und Landwirtschaft. Diskutieren Sie mit mehr als 500 Entscheidern und globalen Ernährungsexperten aus Politik, Diplomatie, Industrie, Verbänden, NGOs und Start-Ups über die Zukunft der Landwirtschaft, über Konsumentenverhalten und finden Lösungen zu einem nachhaltigen Transformationsprozess unseres globalen Lebensmittelsystems. Seien Sie dabei und sichern Sie sich jetzt Ihr kostenfreies Ticket unter: **www.worldfoodconvention.com**

Sprecher 2020:

DR. GERD MÜLLER
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

LIAM CONDON
Mitglied des Vorstands, Bayer AG

Conference Partner: BAYER

Networking Partner: Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft, BAL Pro, Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, foodberlin, Grüne Woche, Leibniz Food and Nutrition, Max-Planck-Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie, natürlich Brandenburg pro agro e.V., unicef für jedes Kind, Universität Potsdam, Veggie World, welt hunger hilfe, WFP World Food Programme

Media Partner: TAGESSPIEGEL GESUNDHEIT & E-HEALTH BACKGROUND